## Kurzbericht

## Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

(13. - öffentliche - Sitzung am 1. Oktober 2013)

## Beratungsthemen:

1. Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen!

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/464

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden folgende Institutionen:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- DGB, Bezirk Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt
- Verband der Ernährungswirtschaft e. V. Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt
- IG Metall, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt
- Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.
- Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag
- Caritasverband für die Diözese Osnabrück e. V.
- Prof. Dr. Schüren, Universität Münster, Institut für Arbeitsrecht

Der Ausschuss beschloss, die Anhörung in der für den 8. November 2013 vorgesehenen Sitzung zu ergänzen. Hierzu sollen folgende Institutionen eingeladen werden:

- Staatsanwaltschaft Oldenburg
- Zoll
- Finanzamt Vechta
- a) Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz)
  Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
  - Drs. 17/259
  - b) Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 17/606

Der Ausschuss schloss den ersten Beratungsdurchgang des Gesetzentwurfs der Koalitionsfraktionen ab und führte die Beratung des Gesetzentwurfs der CDU-Fraktion durch.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse, den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen in <u>Drs. 17/259</u> in der Fassung der Vorlage 26 zuzüglich einiger ergänzender Änderungen anzunehmen.

Er empfahl dem Plenum ferner mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse, den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion in <u>Drs. 17/606</u> abzulehnen.